

Protokoll der Mitgliederversammlung des BVDN vom 23.6.2012 in Stuttgart

Frau Imdahl begrüßte die Teilnehmer um 10.05 Uhr und stellte eine kurze Zusammenfassung des Standes dar. Sie wies auf viele Austritte und die Spaltung der Mitglieder für und gegen den AOK-Vertrag hin. Der Verband habe sich im Rahmen des PNP-Vertrages inhaltlich und personell völlig verausgabt, der Kontakt zwischen Vorstand und Basis ist verlorengegangen. Es fehle eine Struktur für die Öffentlichkeitsarbeit mit der Folge, dass die Mitglieder nicht ausreichend informiert werden konnten. Viele Mitglieder wissen nicht, dass es eine Geschäftsstelle gibt.

Was kann man in einer Krise tun?

Einige würden beantragen, den Verband aufzulösen. Frau Imdahl habe dies in den letzten Monaten auch oft erwogen. Allerdings könne die Krise auch genutzt werden, um sich gegenseitig zuzuhören, miteinander zu reden, professioneller zu werden. Die Integration der verschiedenen Standpunkte könnte zu einer professionellen Verbandsarbeit führen. Hierfür möchte Frau Imdahl die Mitglieder gewinnen.

Frau Imdahl setzte sich dafür ein, dass Herr Lexow kurz zur seinem Antrag Stellung nehmen kann.

Herr Herbst beantragte, dass Herr Lexow 2 Minuten Redezeit bekommt.

Dafür: 72 Stimmen

Dagegen: 9 Stimmen

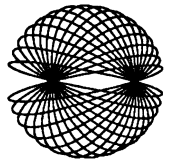
Enthaltungen: 0 Stimmen

Dr. Lexow trug sein Anliegen vor. Er erlebe den aktuellen Vorstand nicht mehr als unabhängig. Der Vorstand hatte ein Mandat zum Verhandeln des AOK-Vertrages, jedoch kein Mandat zur Vernachlässigung der weiteren Arbeit.

Herr Dr. Hug unterbrach wie beschlossen nach den 2 Minuten.

Vortrag von Herrn Dr. Herbst zur Situation des BVDN Baden-Württemberg

Herr Dr. Herbst führte seinen Vortrag anhand des Foliensatzes und nimmt Rückbezug auf 10 Jahre Erfahrungen in der Verbandsarbeit. In den letzten Jahren haben sich die Honorare deutlich nach oben entwickelt. Es wurden Streiks organisiert im Jahr 2009, weil es der Gruppe innerhalb des KV-Systems schlecht ging. Damals war die wirtschaftliche Situation in den Praxen nicht tragbar. 2010 entwickelten sich die RLVs der Neurologen und Psychiater auseinander. Die Bemühungen um Zusammenlegungen der RLVs scheiterten in der KV, dann gründete sich der neue Berufsverband der Neurologen in Baden-Württemberg. Im September 2011 wurde der Vertrag unterschrieben. Dr. Herbst erlebe den Vertrag als guten Vertrag und weist daraufhin, dass der Vertrag auch politisch wichtig ist. Im Juni 2011 hat auch die Vertreterversammlung der KV die Zusammenlegung der RLVs ausdrücklich und endgültig abgelehnt. Die neue Prämisse der KV sei, dass die nicht abgeschöpften Gelder umverteilt werden. Das sei schwierig für die Neurologen und wird weitere Maßnahmen erfordern.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Ein Teilnehmer fragte nach, ob das Gerücht stimmt, dass der Antrag der Vertreterversammlung gar nicht vorgelegt wurde. Dr. Herbst wies darauf hin, dass aktuell noch kein Protokoll der Versammlung vorliegt, er gehe jedoch davon aus, dass der Antrag schon vor der Abstimmung entschieden war. Wer hier Einfluss genommen hat, ist aktuell nicht bekannt.

Nun sei die aktuelle Situation so, dass sich der Vorstand viel Zeit mit der Bearbeitung von Beschwerdebriefen befassen muss.

Wenn Dr. Herbst nach 10 Jahren Bilanz ziehe, würde klar, dass hier kein „großer Blumentopf“ zu gewinnen sei. Dies liege jedoch auch z.T. am Engagement der Mitglieder. Auch das Abrechnungsverhalten der Einzelnen war nicht unterstützend.

Für die Zukunft sind neben dem AOK-Vertrag weitere Verträge notwendig. Die KV wird nicht immer ein sicheres Himmelbett bieten.

Solidarität sei keine Einbahnstraße. Die Zahl der Nervenärzte wird abnehmen, dann sind die Nervenärzte davon abhängig, dass die Neurologen und Psychiater solidarisch sind.

Dr. Herbst bat die Kollegen, sich zu engagieren, es besser zu machen oder auszutreten. Er bat darum, niemanden Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sondern die engagierten Kollegen zu unterstützen.

Vortrag von Dr. Hug

Frau Hezler-Rusch fragte vor Beginn, ob es ein Mandat der Versammlung gab, den Vertrag auch wirklich zu schließen. Ergänzend wünschte sie zu wissen, ob es ein Mandat zur Aufwendung von Geldern gab.

Herr Dr. Herbst erwähnt, dass es eine Abstimmung zum Abschluss gab. Außerdem hatte Dr. Herbst eine Schätzung der Kosten aufgestellt und diese auf ca. 100 000 € geschätzt.

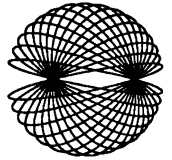
Der Vorstand führte aus, dass die Kosten dargestellt wurden und darüber abgestimmt wurde.

Dr. Hug stellt seinen Vortrag anhand seines Foliensatzes dar. Dem Verband ist die Vision abhanden gekommen und die Mission hat sich geändert. Es steht ein Change-Management-Prozess an, für den es Handwerkszeug gibt, das verpasst wurde, anzuwenden. Es müsste eine SWOT-Analyse erstellt werden, mit Hilfe deren die gemeinsamen Interessen in einen gemeinsamen Ansatz integriert werden könnten. Das Management muss professioneller werden, Respekt und Wertschätzung sind wichtig, Aufrichtigkeit, Lösungsorientierung sind wichtig. In unseren Praxen würden dies alle Praxen umsetzen, im Verband ist es nicht passiert, aber nun dringend notwendig.

Bericht des Kassierers

Die Prüfung für 2010 ist noch nicht erfolgt, 2011 ist von Dr. Freund geprüft. Nachfragen der Anwesenden zu einzelnen Posten wurden beantwortet.

Eine Teilnehmerin bittet um mehr Transparenz über die großen Posten in Zukunft.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Dr. Bentele wies darauf hin, dass mit einem winzigen Betrag versucht wird, das Maximale möglich zu machen. Wenn es weitergehen soll, müssen die Teilnehmer aktiver werden und vom Bundesverband auch mehr zurückgefordert werden. Das Votum traf auf Zustimmung der Teilnehmer.

Die Kassenprüfer beantragten die Entlastung des Vorstandes, es gäbe keine größeren Vorkommnisse.

Dr. Lexow wies darauf hin, dass die Darstellung der Finanzen aktuell nicht transparent ist und Informationen zu spät vorgelegt wurde. Er zweifelte an, dass dies in Zukunft besser werde. Weil der Vorstand nicht demokratisch arbeiten würde, hielt er seine Entlastung für nicht tragbar.

Dr. Hug bittet Herrn Seichter, die Entlastungen zu leiten, Dr. Seichter nimmt an.

Abstimmung unter der Moderation von Herrn Dr. Seichter:

Antrag 1: Es wird gebeten, nicht satzungskonform den Vorstand für den Zeitraum von 1.1.2011 bis 31.12.2011 zu entlasten

Ergebnis:

Dafür: 77

Dagegen: 2

Enthaltungen: 2

Antrag 2: Es wird beantragt, den Vorstand nicht zu entlasten.

Entfällt hiermit.

Diskussion über den Antrag von Herrn Lexow und Herrn Zeller zur Auflösung des Verbandes

Frau Hezler-Rusch fragte, wie hoch die weiteren Kosten für den PNP-Vertrag, sowie die weiteren rechtlichen Verpflichtungen sind. Darf der Verband Gewinn machen?

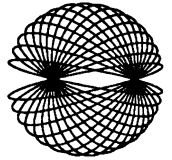
Frau Imdahl wies darauf hin, dass aus dem Vertrag kein Gewinn entsteht, der Verband dafür jedoch auch keine Kosten tragen müsse. Die anstehenden Kosten seien die Teilnahme an den AG's und Treffen der Gremien, zu denen ein Vertreter hingehen sollte.

Frau Müller-Wulf wies darauf hin, dass die aktuelle Diskussion viel zu sehr unter dem Eindruck des PNP-Vertrages geführt wird. Das Problem, dass Psychiater keine delegationsfähigen Leistungen haben, sei untergegangen. Wie sieht das Schicksal der Psychiater in der Gemeinsamkeit aus? Die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend.

Eine weitere Kollegin fragte, ob weitere Verpflichtungen aus dem PNP-Vertrag bestehen würden.

Frau Imdahl verneinte dies.

Eine Kollegin fragte, ob die zusätzlichen Aufwendungen aus den Praxen kommen können.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Dr. Hug stellte dar, dass aktuell die Kosten aus dem Verband getragen werden. Das ist auf Dauer zu überlegen, aber erstmal so Fakt.

Ein Kollege plädierte für ein Fortsetzen des Verbandes, mit der Idee, die unterschiedlichen Interessen in AG's abzubilden. Auch ein Ausgliedern der Vertragsarbeit schein nicht sinnvoll.

Dr. Seichter plädierte ebenfalls für die Aufrechterhaltung des Verbandes. Ihm fällt auf, dass die Energie wieder mehr auch zu anderen Themen als „nur“ den PNP-Vertrag gehen müsste, dieser würde auf Dauer eine Randerscheinung bleiben. Dennoch sei es gut, dass es ihn gibt, er ist auch bereit, hierfür selbst etwas zu bezahlen. Dr. Seichter war bis 2005 Vertreter in der damaligen KV-Südwestfalen-Lippe. Er erlebte mit, wie schwierig es ist, dort zu Allianzen zu kommen. Er stimmt Dr. Herbst zu, dass in der KV alles vor den Abstimmungen festgezurr ist. In der KV ist nicht viel zu bewegen. Er versuchte damals mit anderen, die kleinen Fachgruppen unter einen Hut zu bekommen, das ist ein einziges Mal bezüglich der Dokumentation des Ultraschalls gelungen. Um politisch etwas zu bewegen, wird der Verband benötigt. Um den Auftritt des Verbandes und die interne wie externe Kommunikation professioneller zu gestalten, werden alle Verbandsmitglieder auch in Ihre Geldbeutel greifen müssen, mit den bisherigen Mitteln wird dies nicht gehen.

Dr. Bentele stellt dar, dass er für Solidarität ist, wenn die Unterschiede dargestellt werden. Wenn es diese kleine Gruppe nicht schafft, sich zu einigen – wer denn dann. Die Psychotherapeuten werden sich solidarisieren und gegen die Fachgruppe arbeiten. Es ginge nur weiter, wenn die Gruppe bereit sei, auch gegen den Bundesverband zu „treten“. Der Psychotherapeuten-Verband schicke 2/3 seiner Gelder in die Länder, deshalb funktioniere die Arbeit dort auch. Jeder Einzelne von uns wird sich auch zeitlich für den Verband engagieren müssen.

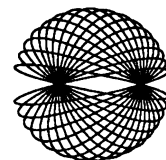
Frau Hezler-Rusch hatte es zu Beginn nicht gefallen, wie die Rede von Dr. Lexow zu Beginn abgeschnitten wurde. Der Verband habe ihm zu verdanken, dass es jetzt einen klaren Kassenbericht gibt. Es sei sinnvoll, zusammen zu bleiben. Kommunen und Kammern haben Eigenbetriebe, die z.B. sich um das Abwasser kümmern. Macht es Sinn, den PNP-Vertrag zu separieren? Das entlastet den Vorstand und gibt dem Vorstand die Energie, sich um die wichtigen Dinge zu kümmern.

Dr. Hug stellte dar, dass es ja schon lange Ansätze gibt, außerhalb des Verbandes eine geschäftliche Struktur zu erstellen.

Frau Imdahl schlug vor, die inhaltliche Diskussion zu verschieben und zunächst einen Vorstand zu wählen.

Dr. Bühler erwähnte, dass genau die gleiche Diskussion vor 15 Jahren auf Bundesebene auch schon einmal geführt wurde. Dann wurden der BDN und der BVDP gegründet. Dr. Bühler sah die Schwierigkeit, genügend Gremienmitglieder für 3 Vorstände zu finden und erwähnte, dass dies auch Verschwendung von Ressourcen sei. Dann sollte die Gruppe lieber die Profile schärfen und in einem Verband zu bleiben. Es dauere wieder 5 Jahre, bis die neuen Verbände in den politischen Gremien platziert sind, „dann ist das Honorar weg“.

Dr. Lexow zog seinen Antrag zurück.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Es folgte die Abstimmung über den Antrag von Herr Zeller, dass der Verband aufgelöst werden soll:

Das Ergebnis der Abstimmung:

Dafür: 2

Dagegen: 79

Enthaltungen: 5

Wahl des Vorstandes unter der Moderation von Dr. Seichter:

Wahl des ersten Vorsitzenden:

Dr. Herbst schlug Frau Imdahl vor, diese bestätigte ihre Kandidatur.

Dr. von Zitzewitz schlug Dr. Hug vor. Dr. Hug antwortete, er stehe für diesen Posten nicht zur Verfügung, gerne jedoch in der bisherigen Position.

Es ergaben sich keine weiteren Vorschläge.

Abstimmung über die Wahl von Frau Imdahl zur ersten Vorsitzenden:

Dafür: 72

Dagegen: 1

Enthaltungen: 2

Frau Imdahl nimmt die Wahl an.

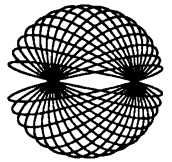
Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden:

Dr. Seichter bat um Vorschläge:

Es wurde Herr Freund aus Bieberach vorgeschlagen.

Dr. Hug schlägt Dr. Seichter vor.

Dr. Seichter stellte dar, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt mangels Vorteile für die Nervenärzte kein Befürworter der Medi-Verträge ist, er sehe keinen Sinn in den Verträgen. Er würde vorschlagen, die Verträge auf den Tagesordnungen des BVDN wieder etwas mehr in den Hintergrund stellen. Er würde, - falls er gewählt würde -, den stv. Vorsitz sofort niederlegen, wenn die Arbeit nicht professionalisiert wird und der Verband nicht mehr Gelder (vom Bund) bekommt. Er würde auch gegenüber dem BVDN-Bund die Meinung vertreten, dass Gelder in den Landesverbänden für die Arbeit vorhanden sein müssen. Außerdem sollten die Mitglieder eingebunden werden, es müsse auch für einfache Mitglieder die Möglichkeit geben, sich an der politischen Arbeit zu beteiligen. Dafür



Landesverband Baden-Württemberg _____

fehle eine Homepage, dort sollte mindestens die Satzung stehen. Nur unter diesen Bedingungen steht Dr. Seichter zur Verfügung und bittet um Bestimmung eines neuen Versammlungsleiters.

Dr. Bühler übernimmt die Leitung der Versammlung.

Herr Freund führte aus, dass er für sich vorgeschlagen hätte, dass er die Kasse übernimmt oder er wäre in der Not der Stunde als stellvertretender Vorsitzender eingesprungen. Es würde ihn entlasten, wenn Dr. Seichter in den Vorstand kommt. Inhaltlich würde er sich dafür einsetzen, dass die Neurologen und Psychiater in der politischen Arbeit stärker in den Vordergrund gerückt würden. Er wäre dafür, den PNP-Vertrag nicht in die Schmutzdecke zu drängen. Einer Kandidatur stimmte er zu.

Dr. Bühler fragte nach weiteren Vorschlägen, es folgen keine weiteren Vorschläge.

Abstimmung: Wer ist dafür, dass Dr. Freund das Amt des zweiten Vorsitzenden übernimmt?

Dafür: 32 Stimmen

Dagegen: 13

Enthaltungen: 8

Wer ist dafür, dass Dr. Seichter das Amt des zweiten Vorsitzenden übernimmt?

Dafür: 45 Stimmen

Dagegen: 0

Enthaltungen: 8

Dr. Seichter nahm die Wahl an.

Wahl des Kassenwartes:

Es wird Herr Freund vorgeschlagen, weitere Kandidaten liegen nicht vor.

Abstimmung darüber, dass Herr Dr. Freund die Position des Kassenwartes übernimmt:

Dafür: 80

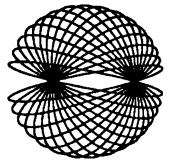
Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

Herr Freund nahm die Wahl an.

Wahl der Beisitzer:

Dr. Bühler schlägt Herrn Hug für Nordbaden vor.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Abstimmung darüber, dass Herr Dr. Hug die Funktion eines Beisitzers übernimmt:

Dafür: 72

Dagegen: 0

Enthaltungen: 10

Herr Hug nahm die Wahl an.

Ein Teilnehmer schlug Herrn Dr. Bentele vor.

Herr Herbst schlug Herrn Dr. Ernst vor.

Herr Herbst schlug Herrn Dr. Hasert vor.

Abstimmung darüber, dass Herr Dr. Ernst die Funktion eines Beisitzers übernimmt:

Dafür: 79

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

Herr Ernst nahm die Wahl an.

Abstimmung darüber, dass Herr Dr. Bentele die Funktion eines Beisitzers übernimmt:

Dafür: 79

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

Herr Dr. Bentele nimmt die Wahl an.

Ein Teilnehmer schlug Frau Burg vor, diese stand für die Position nicht zur Verfügung.

Dr. von Zitzewitz schlug Herrn Weis vor, dieser stand für die Position nicht zur Verfügung.

Vorschlag von Dr. Bühler: Die Neurologie ist aktuell in einer Arbeitsgruppe vertreten und die Mitglieder werden aufgefordert, einen neurologischen Beisitzer zu suchen.

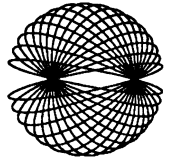
Abstimmung über den obigen Vorschlag:

Dafür: 80

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Mittagspause



Landesverband Baden-Württemberg _____

Moderation: Dr. Hug

Dr. Hug eröffnete die Nachmittagssitzung mit einem Lob über das Mittagessen.

Zum Antrag von Herrn Freund:

Herr Freund erläuterte seinen Antrag und die dahinterstehende Idee, ein wenig flexibler zu werden.

Herr Herbst wies daraufhin, dass bei Vertragsabschlüssen den Partnern die Satzung vorgelegt werden muss.

Dr. Hug stellte dar, dass auch er es als Zumutung erlebe, die ausstehenden Gelder dem Verein zu stunden. Um dies zu professionalisieren hätte 2010 ein Haushaltsplan erstellt werden müssen. In Zukunft müssen Haushaltspläne für die Projekte erstellt werden. Diese können nicht in Nacharbeit in den Praxen erstellt werden. Auch hier muss eine Professionalisierung erreicht werden.

Frau Hezler-Rusch führte aus, dass der PNP-Vertrag alle Grenzen gesprengt hat. Sollte nun ein riesiges Gebilde mit Presse und riesigen Beiträgen geschaffen werden?

Frau Imdahl stellte klar, dass es dem Vorstand klar geworden sei, dass es ohne Öffentlichkeitsarbeit nicht gehen werde. Alle anderen Verbände hätten eine Geschäftsstelle und eine Pressestelle.

Frau Müller-Wulf hielt es für falsch, den PNP-Vertrag auszugliedern. Sie erwarte vom Verband, dass er in seiner Stärke sich für diese Verträge einsetze und gute sinnvolle Alternativ-Verträge abschließe.

Dr. Seichter hielt Abstimmungen im Moment für zu früh. Er wollte sich gerne heute Nachmittag mit den Vorstellungen der Mitglieder auseinandersetzen und Ideen sammeln, was zu ändern sei. So seien in der Satzung sicherlich auch weitere Themen zu aktualisieren. Aus seiner Sicht führe kein Weg an einer Beitragserhöhung vorbei.

Dr. Bentele stellt dar, dass der Verband ähnlich wie die Psychotherapeuten lernen müsse, stärker zu kämpfen.

Frau Müller-Wulf fragte, ob es über das Internet Abstimmungen und Beschlussfassungen stärker zu beschleunigen seien.

Frau Imdahl verwies darauf, dass dies über eine Homepage ermöglicht werden könnte. Außerdem sollten Themen in Arbeitsgemeinschaften bearbeitet werden und die Ergebnisse auf die Homepage gestellt werden.

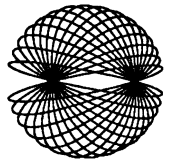
Dr. Seichter erläuterte, dass Beschlüsse aktuell nur in der MGV gefasst werden können.

Frau Imdahl plädierte nochmals für einen Haushaltsplan.

Herr Hasert verwies darauf, dass die Versammlung immer noch über den Antrag von Herrn Freund diskutiere.

Herr Dr. Hug bat um Abstimmung des Antrages von Dr. Freund in den einzelnen Punkten.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 40 Mitglieder anwesend.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Abstimmung über Punkt 1 Paragraf 10.9 des Antrages von Herrn Freund:

Dafür: 37

Dagegen: 2

Enthaltungen: 1

Abstimmung über den zweiten Punkt des Antrages von Herrn Freund:

Herr Freund veränderte seinen Antrag von 10 000 auf 5 000 für einmalige Ausgaben und von 50 000 auf 25 000 für wiederkehrende Kosten pro Jahr.

Dafür: 40

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Abstimmung über den Antrag von Dr. Freund zu 12.2 in der Satzung:

Dafür: 33

Dagegen: 3

Enthaltung: 4

Da jedesmal eine 2/3-Mehrheit vorliegt, gelten die Satzungsänderungen als angenommen.

Frau Hezler-Rusch bat um Erstellung eines Meinungsbildes, dass im nächsten Jahr ein Haushaltsplan erstellt wird.

Dafür: 39

Dagegen: 0

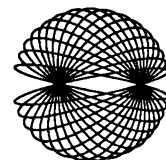
Enthaltungen: 1

Beschluss über den Antrag von Dr. Hug über die Erhebung eines zusätzlichen Beitrages von 300 Euro pro Mitglied

Die Baden-Württemberger Geschäftsstelle müsste Rechnungen stellen, die Geschäftsstelle des Bundes könnte Einzugsermächtigungen stellen.

Eine Kollegin bittet, zunächst einmal zu lesen, was für Einzugsermächtigungen dem BVDN Bund erteilt wurden.

Dr. Bühler liest die Einzugsermächtigung im BVDN vor, dort ist nur der jährliche Mitgliedsbeitrag gemeint.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Somit ist entschieden, dass die Baden-Württemberger Geschäftsstelle Rechnungen stellt und die Gelder auf ein eigenes Konto gehen.

Abstimmung über den Antrag von Dr. Hug über die Erhebung der 300 Euro:

Dafür: 72 Stimmen

Dagegen: 3

Enthaltungen: 1

Antrag von Dr. Hug zur Einrichtung gezielter Öffentlichkeitsarbeit:

Die neue Homepage solle auch gleich die Möglichkeiten zur Abstimmung beinhalten, ebenso einen internen Mitgliederbereich und ein Diskussionsforum. Dr. Hug stellte auch dar, dass auch die Akquise von Geldern professionalisiert werden sollte.

Eine Kollegin fragte, ob die nun anstehenden Ausgaben über die Mitgliedsbeiträge gedeckt seien. Dr. Ernst führte aus, dass 75 000 Euro im Jahr hereinkämen. Für die jetzt angesprochenen Themen entstehen Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sind sicherlich Kleinigkeiten im Vergleich zur Gesamtsumme, die sicher durch die Beiträge gedeckt seien.

Frau Imdahl bot an, eine getrennte Kostenrechnung für den PNP-Vertrag aufzustellen.

Abstimmung zum Betrag von 3000 Euro für die Erstellung einer Homepage:

Dafür: 68

Dagegen: 3

Enthaltungen: 0

Abstimmung zum Aufbau einer 400- Euro-Stelle zur Kommunikation:

Dafür: 65

Dagegen: 7

Enthaltungen: 0

Bestellung eines Kassenprüfers für 2010 und 2012

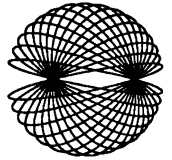
Vorschlag: Frau Hezler-Rusch und Frau Löttgen für das Jahr 2012

Vorschlag: Für 2010 Herr Freund und Herr Schwarz

Dafür: 50

Dagegen: 0

Enthaltungen: 4



Wie solle der Verband die Arbeit strukturieren?

Frau Imdahl machte den Vorschlag, dass jede Berufsgruppe einen Vertreter benennt, der eine Arbeitsgruppe bildet, die dann Themen inhaltlich bearbeitet.

Ein Teilnehmer regte an, Herrn Braun stärker einzubinden da er die Fachgruppe in der KV vertritt.

Frau Müller-Wulf regte an, ggf. mit dem Bundesvorstand in Kontakt zu treten, bei dem sie wenige Ansätze der Kooperation sieht.

Frau Imdahl wies darauf hin, dass in der Länderdelegiertenkonferenz Themen eingebracht werden können. Hierzu müssen jedoch Themen aufbereitet werden, und dafür wäre die Arbeitsgemeinschaft gut.

Frau Hezler-Rusch regte an, auch Nicht-Mitglieder anzuschreiben und einzuladen, ob jemand Interesse hätte, mitzuarbeiten.

Frau Hezler-Rusch hielt die Themen „Unterbringungsgesetz“, „Forensik und Psychiatrie“ als wichtige Bereiche, auch die ambulante fachärztliche Weiterbildung ist aus ihrer Sicht ein wichtiges Thema.

Dr. Seichter sieht auch die Notwendigkeit, den Infofluss zu verbessern. Er wies jedoch darauf hin, dass dies harte Arbeit ist.

Ein Teilnehmer würde gerne das Thema „Psychiatrische Psychotherapie“ als weiteres Thema einbinden.

Dr. Mayer regte an, dass e-mail für Diskussionen nicht geeignet sind. Ein Forum wäre besser.

Dr. Hug fragte, ob sich Herr Mayer supervisorisch um dieses Thema für die Homepage kümmern würde?

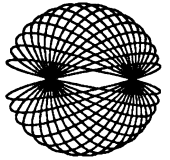
Herr Dr. Mayer war damit einverstanden.

Frau Imdahl schlug vor, dass die Kollegen, die Themen haben, ihre Ideen für eine psychiatrische AG an Dr. Hug mailen und dieser die Themen koordinieren solle.

Frau Imdahl stellt 3 Vorschläge zum PNP-Vertrag vor:

- Für die Psychiatrische Vergütung zusätzlich zur P1 eine Gesprächsziffer mit 25 Minuten im Erstkontakt hinzuzufügen. Dann käme der Erstkontakt finanziell weit über den KV-Schnitt.
- Die Nervenärzte sollten in beiden Kapiteln am gleichen Tag abrechnen können.
- Die Akutleistungen für die Neurologen sollten mit einem Aufschlag versehen werden oder die Zusatzpauschale sollte erhöht werden. Hier stellt Frau Imdahl die Frage in den Raum, wie hoch diese sein müssten um 30 Prozent über den KV-Betrag zu kommen.

Die AOK ist noch im Boot und bis jetzt sieht es ganz gut aus. Die AOK hat aktuell auch kein Ultimatum für das Quorum gestellt.



Landesverband Baden-Württemberg _____

Frau Hezler-Rusch bat den Verband, sich künftig auch mehr um die anderen Themen wieder zu kümmern. So wäre es gut, wenn jemand vom Ministerium eingeladen wird oder jemand an den Beratungen teilnehmen würde und in der MGV informiert.

Dr. Seichter nahm die nervenärztliche AG in die Hand.

Dr. Herbst werde vermutlich die neurologische AG weiterführen. Herr Dr. Herbst war zu diesem Zeitpunkt abwesend.

Ein Teilnehmer führte an, dass die Psychiater im Rahmen des PNP-Vertrages auch ohne Anträge im Vorfeld Gruppen anbieten können. ????

Auch die Positionierung im Rahmen der delegationsfähigen Leistungen könnte Gegenstand einer AG sein. Dies könnte unter dem Gesichtspunkt „Versorgungsengpass“ laufen.

Alle Teilnehmer, die an Arbeitsgruppen mitmachen möchten, mailen bitte Dr. Seichter, Dr. Hug und Dr. Herbst an.

Frau Imdahl beendet die Sitzung um 15.47 Uhr.